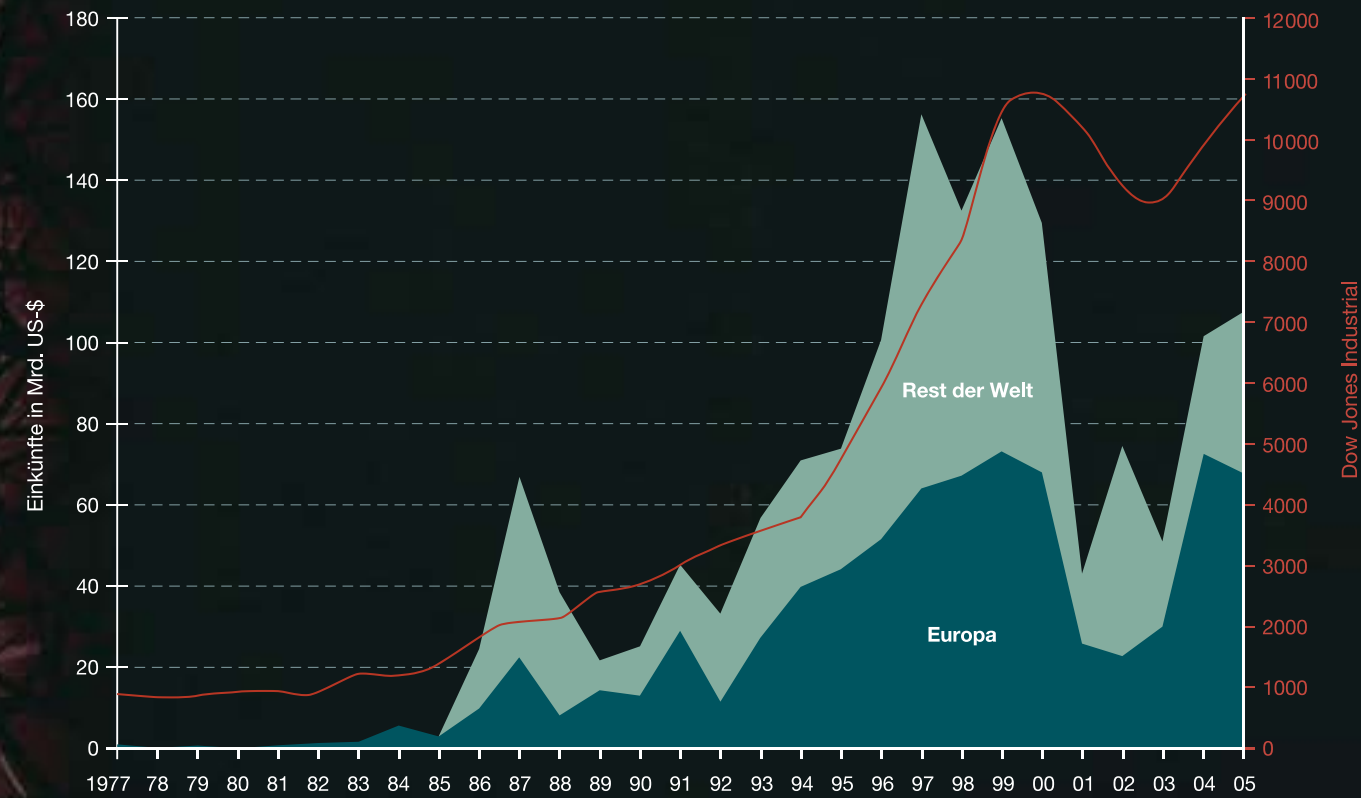


Ein Billionendeal

Grossbritannien unter Margaret Thatcher machte Mitte der 1980er Jahre in Europa den Anfang mit der Privatisierung von Telefon, Bahn, Gas-, Strom- und Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Arbeitslosenvermittlung und Müllentsorgung. Ein Jahrzehnt später schwappte die Privatisierungswelle über den ganzen europäischen Kontinent und weitere Industrienationen. Vermögenswerte in der Höhe von mehr als einer Billion US-Dollar wechselten von der öffentlichen Hand in den Besitz von privaten Aktionären, Pensionskassen und Investmentgesellschaften.

Die politischen Hintergründe für die Deregulierung und Privatisierung sind vielfältig: Sie haben mit dem Paradigmenwandel vom Keynesianismus zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu tun, mit der sich zunehmend verbreitenden Ansicht, dass öffentli-

che Unternehmen ineffizient sind, mit der Einsicht, dass in vielen Infrastrukturbereichen, die traditionell ein staatliches Monopol waren, ein Wettbewerb verschiedener Anbieter (und damit ein Effizienzgewinn) durchaus möglich ist. Rückenwind erhielt die Privatisierungsideologie in den 1990er Jahren auch durch den Zusammenbruch der osteuropäischen Planwirtschaften. Hinzu kamen verschiedene Liberalisierungsrichtlinien der EU sowie der Vertrag von Maastricht, der den Mitgliedstaaten der Währungsunion eine Begrenzung der Haushaltsdefizite verordnete. Der Verkauf von Telefongesellschaften oder Stromversorgern, aber auch von Banken, Versicherungen und Industriebeteiligungen war für viele Regierungen, etwa in Italien oder Griechenland, ein willkommenes Mittel, um den Staatshaushalt kurzfristig aufzubessern.

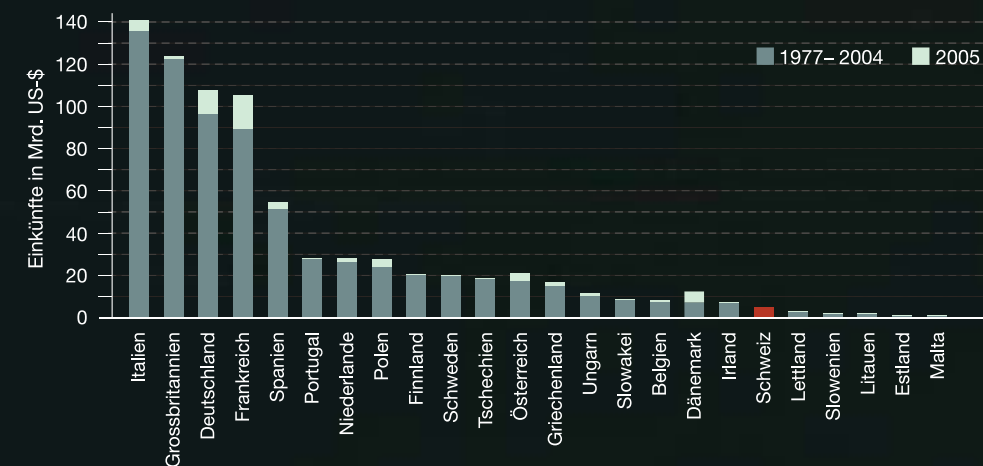
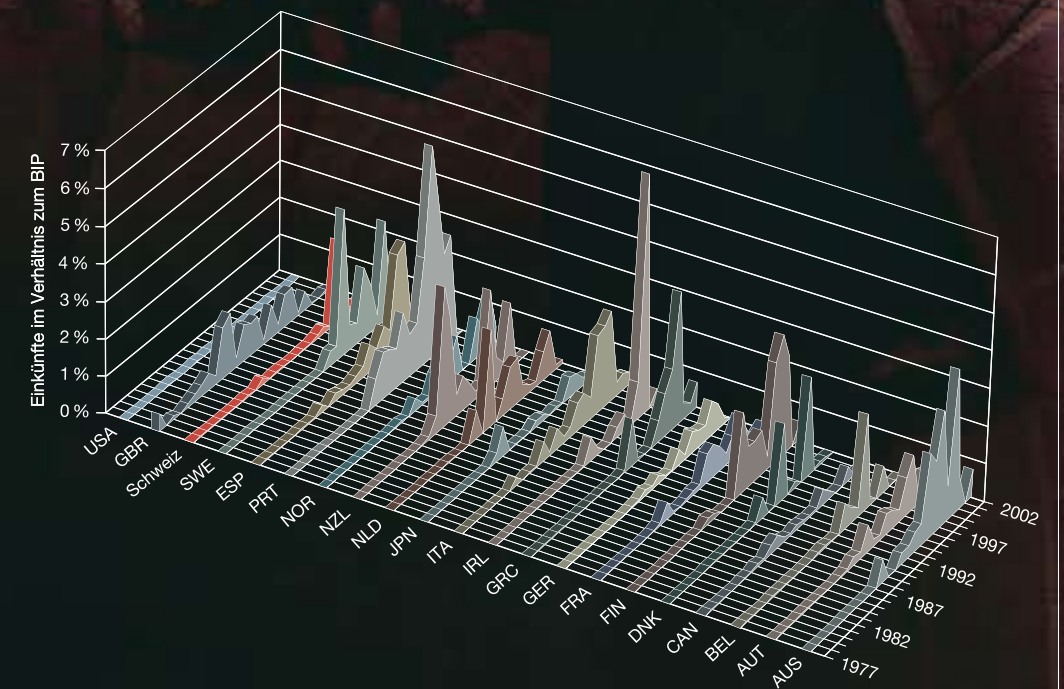


Die Privatisierungspolitik in Grossbritannien und Neuseeland sorgte 1987 für einen ersten Höhepunkt, ein knappes Jahrzehnt später begannen auch die andern Staaten der westlichen Industrieländer im grossen Stil mit dem Veräussern von staatlicher Infrastruktur und öffentlichen Betrieben. Gegen 160 Milliarden US-Dollar spülte der Verkauf von Beteiligungen allein 1997 in die Staatskassen – ein grosser Teil der

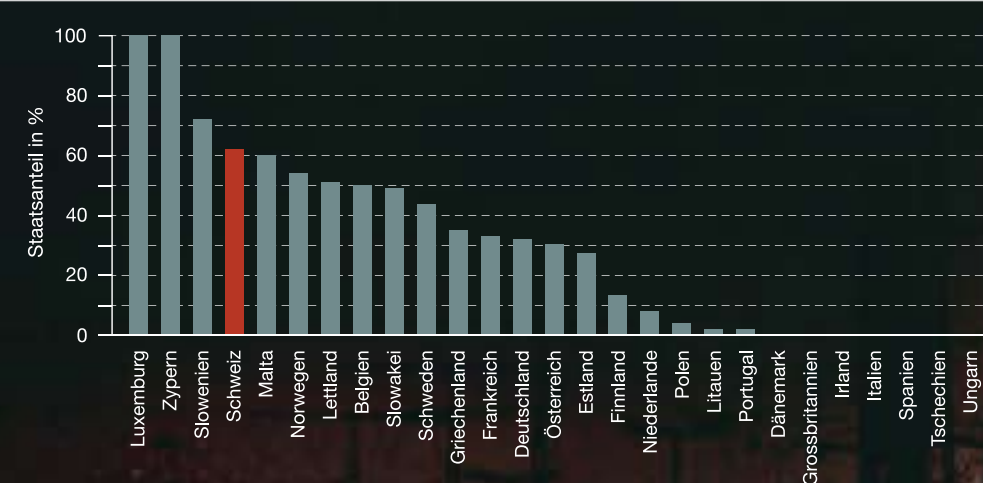
Erlöse stammte damals aus dem Verkauf staatlicher Telefongesellschaften. Der Einbruch an den Finanzmärkten nach dem Platzen der New-Economy-Blase zur Jahrtausendwende brachte auch den Privatisierungsprozess ins Stocken. Doch die Entwicklung ist nicht zu Ende: In den letzten beiden Jahren sind weitere Staatsbeteiligungen abgestossen worden. (Quelle: Privatizationbarometer)

Erlöse im Verhältnis zum BIP

Ungeachtet des internationalen Privatisierungstrends gibt es zwischen den einzelnen OECD-Ländern massive Unterschiede, was den Zeitpunkt und den Umfang der Veräusserung von Staatseigentum betrifft. Nimmt man die Privatisierungserlöse in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zum Massstab, ist Portugal dank seiner einst beinahe allumfassenden Staatswirtschaft der Spitzenreiter; die USA, wo es bereits 1977 kaum noch etwas zu privatisieren gab, bilden das Schlusslicht. Auf den hintersten Rängen auch die Schweiz: Ausser der Teilprivatisierung der Swisscom konnte sie bis jetzt keine nennenswerten Erlöse verbuchen. (Quelle: OECD)



Erlöse in US-Dollar
Kein anderes europäisches Land, nicht einmal Grossbritannien, hat aus Privatisierungen so viel kassiert wie Italien: Rund 140 Milliarden US-Dollar. Zur enormen Summe hat die Privatisierung der Telecom Italia am meisten beigetragen, lukrativ war aber auch die Veräusserung von Staatsbeteiligungen an Banken, Energie- und Industriebetrieben. 2005 strichen Frankreich und Deutschland die höchsten Erlöse ein. (Quelle: Privatizationbarometer)



Telekom-Staatsanteile
Kein Bereich der Grundversorgung ist in Europa so stark dereguliert und privatisiert worden wie die Telefonie. In den meisten Ländern ist der Staat aber noch immer mit von der Partie, so auch in der Schweiz, wo er die Aktienmehrheit an der Swisscom hält. (Quelle: NZZ am Sonntag)